

VL-1 Gleichberechtigte Teilhabe jetzt – für eine Gesellschaft der Vielen in einer pluralen Demokratie!

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 31.10.2020

Tagesordnungspunkt: VL Vielfältige Partei in einem vielfältigen Land

Antragstext

1 Nordrhein-Westfalen ist heute vielfältiger und bunter denn je. Vielfalt kann
2 anstrengend oder mit Konflikten verbunden sein, aber Vielfalt ist nichts, was
3 als solches verhandelbar wäre – sie ist schlicht Normalität, insbesondere in
4 Nordrhein-Westfalen. Diese Tatsache anzuerkennen und im Sinne einer pluralen
5 Demokratie zu gestalten, bedeutet: Menschen sind unterschiedlich, aber gleich an
6 (Grund-)Rechten und Würde. Damit verbunden ist der Auftrag, die aktive,
7 sichtbare und gerechte gesellschaftliche, wirtschaftliche und demokratische
8 Teilhabe aller zu ermöglichen, Diskriminierung abzubauen und Ausgrenzung und
9 Segregation zu verhindern. Auch struktureller bzw. institutioneller
10 Diskriminierung muss entgegengewirkt werden. In einer freien Gesellschaft und
11 einer liberalen Demokratie darf die Identität eines Menschen kein Grund sein,
12 sie*ihn schlechter zu stellen, auszugrenzen oder abzuwerten. Teilhabe und
13 Mitbestimmung müssen jedem Menschen verbindlich gewährt werden – unabhängig von
14 sozialer, ökonomischer, kultureller oder sprachlicher Verschiedenheit, von
15 Hautfarbe, Religion oder Weltanschauung, Lebensalter, der sexuellen Identität,
16 einer Krankheit oder Behinderung.

17 Seit unserer Gründung setzen wir GRÜNE uns dafür ein, unsere vielfältige
18 Gesellschaft inklusiv zu gestalten, damit alle Menschen ohne Angst verschieden
19 sein können. Vieles haben wir erreicht, sei es im Staatsangehörigkeitsrecht, bei
20 der Gleichberechtigung der Geschlechter, bei der Ehe für Alle oder bei der
21 Inklusion. Und dennoch: Von einer gleichberechtigten Teilhabe für alle sind wir
22 in NRW und Deutschland noch weit entfernt. Das Versprechen von Gleichheit in
23 Vielfalt ist bislang unerfüllt. Es ist höchste Zeit, dies zu ändern.

24 So groß die Herausforderungen in allen Bereichen sind, so sehr ist derzeit
25 insbesondere die Debatte um Fragen der Teilhabe von Menschen mit
26 Migrationsgeschichte und/oder Rassismuserfahrung in den Fokus gerückt. In den
27 letzten Monaten ist, ausgehend von dem rassistischen Anschlag in Hanau und von
28 der „Black Lives Matter“-Bewegung, auch in Deutschland und NRW eine breite
29 gesellschaftliche Debatte entstanden, wie Politik, Behörden und
30 Zivilgesellschaft rassistischer Diskriminierung und Gewalt entgegentreten können
31 und Privilegien kritisch hinterfragen müssen. Die Debatten um gesellschaftliche
32 Anerkennung von Vielfalt und Migration sind nicht neu, aber sie sind in den
33 letzten Monaten intensiver geworden – nicht zuletzt auch durch das Bekanntwerden
34 rassistischer Netzwerke innerhalb der Polizei sowie des Verfassungsschutzes in
35 NRW und anderen Bundesländern, aber auch in der Diskussion um die
36 Unterrepräsentation von diskriminierten Gruppen in unseren Räten, Parlamenten
37 und Parteien.

38 Die schwarz-gelbe Landesregierung und die Große Koalition im Bund reagieren auf
39 diese Debatte mit Desinteresse, in Teilen gar mit bewusster Ignoranz. Statt die
40 strukturellen Ursachen für das (strukturell) diskriminierende und zu Teilen

rechtswidrige Verhalten von Repräsentant*innen staatlicher Behörden zu untersuchen, um darauf mit strukturellen Maßnahmen reagieren zu können, verklären die Innenminister Reul und Seehofer die bekannt gewordenen Fälle von Racial Profiling, rassistischer Polizeigewalt und rechten Chatgruppen und Netzwerken zu immer neuen „Einzelfällen“. Aber wer das Problem als strukturelles leugnet, wird auch nicht die Kraft finden, es zu lösen. Der Kompromiss der Großen Koalition im Bund zur Polizei-Studie verkehrt die Anliegen derer, die ihre Grund- und Menschenrechte zur Disposition gestellt sehen, in ihr Gegenteil.

Teilhabe und Vielfalt stärken, Demokratie fördern, Einwanderungsgesellschaft gestalten

Wir wollen unsere vielfältige Einwanderungsgesellschaft in NRW gestalten, indem wir strukturelle Benachteiligungen abbauen, Rassismus bekämpfen und Teilhabe fördern. Dabei stellen wir uns gegen Versuche, benachteiligte Gruppen gegeneinander auszuspielen, und betrachten Diskriminierungen individuell sowie, intersektional gedacht, in ihrer Verschränkung.

- Wir schaffen eine Landesantidiskriminierungsstelle zur Stärkung und Bündelung der Antidiskriminierungsarbeit sowie als Anlauf- und Beschwerdestelle für Verstöße gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und setzen uns für die Erarbeitung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes ein, das die Rechte der*des Einzelnen gegenüber staatlichen Institutionen stärkt.
- Wir wollen den öffentlichen Dienst, die Verwaltung auf kommunaler und Landes-Ebene, interkulturell stärker öffnen und dort die Vielfalt unserer Gesellschaft repräsentieren. Dafür wollen wir das Thema interkulturelle Öffnung ganzheitlich in die Personalentwicklung integrieren und spürbar mehr Menschen mit Migrationshintergrund, mit interkultureller, multilingualer und internationaler Kompetenz den beruflichen Weg in die öffentliche Verwaltung ermöglichen.
- Wir wissen aus Studien, dass menschenfeindliche Einstellungen in Teilen unserer Gesellschaft fest verankert sind. Staatliche Institutionen sind ein Spiegelbild gesellschaftlicher Verhältnisse, müssen aber höchsten Erwartungen an Diskriminierungsfreiheit gerecht werden. Wir bekämpfen deshalb strukturellen Rassismus konsequent, auch bei Behörden. Dazu braucht es dringend eine aktuelle und unabhängige Studie zu rassistischen, menschenverachtenden und rechtsextremen Einstellungen bei den Beschäftigten in der Polizei NRW und im Verfassungsschutz NRW. Wir richten die Stelle einer*eines unabhängigen Polizeibeauftragten ein und verankern die regelmäßige Rotation von Mitarbeitenden.
- Wir wollen die Aufarbeitung deutscher Kolonialgeschichte breit in unsere Bildungsarbeit verankern, denn unsere koloniale Vergangenheit ist ein integraler Bestandteil unserer Geschichte und die kritische Aufarbeitung muss auch immer Teil unserer Gegenwart sein.
- Wir lehnen Sprachchauvinismus ab, fördern Mehrsprachigkeit und sorgen mit dafür, diese in allen Lebensbereichen sichtbar zu machen. Dazu gehört auch, Mehrsprachigkeit in unseren Behörden aktiv einzusetzen. Die Internetseiten von Ministerien und Verwaltung müssen in vielen Sprachen

87 bereitgestellt werden. Dies gilt auch für andere Informationsangebote,
88 etwa bezüglich der Gesundheitsaufklärung und -versorgung.

- 89 • Wir stärken und fördern interkulturelle Kompetenz, Demokratie und
90 Menschenrechtsbildung: Bestandteil der Curricula von einschlägigen
91 Berufsgruppen im öffentlichen Dienst, wie auch in privaten Einrichtungen
92 sollten die Grundlagen von Menschenrechtsbildung und interkultureller
93 Kompetenz sein.
- 94 • Wir stärken die emanzipatorische Zivilgesellschaft und binden
95 zivilgesellschaftliche Organisationen, Selbstvertretungs-Organisationen
96 und Ehrenamtliche stärker in politische Entscheidungsprozesse ein.
- 97 • Wir stärken die politische Teilhabe. Es kann nicht sein, dass Menschen,
98 die ihren Lebensmittelpunkt seit Jahren in NRW hatten, nicht einmal an der
99 Kommunalwahl teilnehmen können und ihnen damit die politische
100 Mitbestimmung über unmittelbare Entscheidungen vorenthalten wird. Deshalb
101 führen wir endlich das kommunale Wahlrecht auch für nicht-EU Bürger ein.
- 102 • Wir „mainstreamen“ Diversity: Lange Zeit ist etwa „Integrationspolitik“
103 als eigenständiges Politikfeld behandelt worden, dabei geht es immer
104 stärker darum, alle politischen Maßnahmen als Querschnittsaufgabe
105 daraufhin zu überprüfen, ob sie den Anforderungen einer vielfältigen
106 Gesellschaft gerecht werden. Das bedeutet dann auch, einen diversity- und
107 rassismuskritischen Ansatz in alle Themenfelder, von der Bildungs- bis zur
108 Stadtentwicklungspolitik zu tragen und dafür zu sorgen, dass
109 Bildungseinrichtungen diversitätssensibel und rassismuskritisch
110 ausgerichtet und ihr Personal entsprechen geschult werden müssen.

111 Vielfalt fängt bei uns selber an

112 Bei der Frage nach politischer Teilhabe und Vielfalt richten wir GRÜNE NRW den
113 Blick nicht zuletzt auch auf uns selbst. Was wir von Gesellschaft und Staat
114 fordern, müssen wir auch selbst umsetzen. Gerade Parteien sind gefordert, eigene
115 strukturelle Ungleichbehandlungen abzubauen und aktiv auf mehr Diversität
116 hinzuarbeiten. Als Grüne tragen wir eine besondere Verantwortung dafür, dass
117 sich die Vielfalt unserer Gesellschaft in unseren politischen Prozessen und
118 Strukturen selbst widerspiegelt. Wir müssen selbstkritisch anerkennen, dass auch
119 unsere Partei nicht frei von Diskriminierung ist und viele gesellschaftliche
120 Gruppen, insbesondere Menschen mit Migrationsgeschichte und/oder
121 Rassismuserfahrung, bisher deutlich unterrepräsentiert sind. Das betrifft unter
122 anderem die Zusammensetzung der Mitgliedschaft, von Vorständen und Fraktionen
123 auf allen Ebenen ebenso wie die Besetzung von Podien und die Auswahl von
124 Expert*innen. Dies hat strukturelle Ursachen, auf die wir mit strukturellen
125 Maßnahmen antworten werden. Dabei ist uns klar, dass zum einen eine 1:1-
126 Repräsentation aller Vielfaltsmerkmale schwer erreichbar ist und regionale
127 Unterschiede berücksichtigt werden müssen.

128 Mit den Ergebnissen der AG Vielfalt des Bundesverbandes von BÜNDNIS 90/DIE
129 GRÜNEN sind wir auf einem guten Weg, um gleichberechtigte politische Teilhabe
130 und Repräsentation zu ermöglichen und Diskriminierung entgegenzuwirken. Wir
131 bekennen uns zu den entwickelten Instrumenten der AG Vielfalt – etwa die bessere
132 Repräsentation gesellschaftlicher Vielfalt als verpflichtendes Satzungsziel, das

- 133 regelmäßig evaluiert wird; Empowerment-Maßnahmen über Mentoring und andere
134 Programme sowie Institutionalisierung der Ziele über entsprechende Strukturen
135 und Statute in unserer Partei.
- 136 Jetzt gilt es, die Ergebnisse der AG Vielfalt auch in NRW umzusetzen und den
137 spezifischen Anforderungen auf der Landes-, aber auch auf der lokalen Ebene
138 gerecht zu werden. Der Landesparteirat beauftragt den Landesvorstand, gemeinsam
139 mit den Bezirksvorständen, der Grünen Jugend, der Landtagsfraktion, den
140 Landesgruppen im Bundestag und Europäischen Parlament sowie der LAG Migration
141 und Flucht Vorschläge für strukturelle Maßnahmen zu erarbeiten und diese einer
142 Landesdelegiertenkonferenz spätestens im Sommer 2021 zur Abstimmung vorzulegen.

Unterstützer*innen

Manuela Hübl (KV Rhein-Berg)